

Dresdner Volkszeitung

Hauptschreibst. Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsst. G. G. K. Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Demerspreis einschließlich Fringelohn mit den wöchentlichen Besorgen
Nach der Arbeit und „Brot und Butter“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25201. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kopierzeile
30 Pf., die 90 mm breite Anzeigenzeile 1,50 M., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietange-
bote 40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegung 10 Pf.

Nr. 242

Dresden, Sonnabend den 16. Oktober 1926

37. Jahrg.

Gegen Fürstenumtriebe!

Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

SPD. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Gesetzentwurf eingebracht: Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1.

Mitgliedern solcher Familien, von denen ein Angehöriger bis November 1918 in einem ehemaligen Bundesstaat regiert hat, ist von der Reichsregierung das Betreten des Reichsgebietes oder der Aufenthalt darin zu untersagen oder auf bestimmte Teile oder Orte des Reiches zu beschränken, falls die Beschränkung gerechtfertigt ist, daß andernfalls das Wohl der Republik gefährdet wird. Im Falle der Zuwiderhandlung sind sie durch Beschluß der Reichsregierung, der mit Gründen zu

versehen und dem Betroffenen zugestellt ist, aus dem Reichsgebiet auszuweisen.

Dem ehemaligen Kaiser und König von Preußen, Wilhelm II., wird das Betreten des Reichsgebietes und der Aufenthalt darin untersagt. Für den Fall, daß Wilhelm II. feindliche Unternehmungen gegen das Reich oder den Freistaat Preußen richtet, hat der preussische Staat das Recht, das durch den Vertrag vom 12. 10. 1925 bzw. 6. 10. 1926 den Mitgliedern des vormals regierenden preussischen Königshauses zuerkannte Vermögen einzuziehen.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Vorstoß für die Erwerbslosen

Eine parlamentarische Aktion zur sozialen Reform der Erwerbslosenfürsorge ist von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingeleitet worden. Der soziale Ausschuss des Reichstages tritt am Montag, 18. Oktober, wieder zusammen, um das Arbeitsgerichtsgesetz zu beraten. Die sozialdemokratische Fraktion erachtet die Erledigung dieses Gesetzes für sehr dringlich, wird aber gleichzeitig dafür eintreten, daß auch die Reform der heutigen unzulänglichen Erwerbslosenfürsorge sofort in Angriff genommen wird. Um dem Sozialen Ausschuss Gelegenheit zu geben, bis zum 3. November, dem Tag des Büchertages, in beiden Fragen abschließende Ausschussvorlagen zu haben, wird die SPD-Fraktion am Montag zu Beginn der Ausschussberatung den folgenden Geschäftsordnungsantrag einbringen:

„Der Ausschuss wolle beschließen, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der sofort eine Reorganisation der Erwerbslosenfürsorge vorbereiten, bei der folgende Fragen berücksichtigt werden:

1. Wesentliche Erhöhung der Unterstützungssätze,
2. Aufhebung der Bedarfsprüfung,
3. Verlängerung der Bezugsdauer für die Ausgesteuerten,
4. Befreiung der Pflichtarbeiten,
5. Schutz der älteren Arbeiter und Angefallenen.

Es ist ferner zu prüfen, inwieweit die Vorarbeiten für die ständige Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes gebieten sind. — Die Arbeiten des Untersuchungsausschusses sollen derartig beschleunigt werden, daß das Plenum am 3. November bereits eine fertige Vorlage vorfindet.“

Es sind die brennendsten Verbesserungs-vorschläge, auf die sich die SPD. in ihrem Antrag beschränkt, um eine beschleunigte Erledigung nicht zu erschweren. Die Erhöhung der Unterstützungssätze war bei den Reichstagsferien mit dem Einwand bekämpft worden, daß ein Uebersteigen der Löhne zu befürchten sei. Die inzwischen veranlassete Erhebung über das frühere Arbeitseinkommen der Arbeitslosen wird die Haltlosigkeit dieser Behauptung bestätigen. Die Lage der Ausgesteuerten ist unerträglich geworden, und es geht auf keinen Fall an, diese im Winter wachsende Gruppe der Erwerbslosen auf den Weg der Armenfürsorge zu verweisen, wie es der Reichsarbeitsminister zu tun versucht. Angesichts der fast verhängnisvollen Verabschiedung eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist es auch nicht angemessen, die Verdienstprüfung und die unsoziale Pflichtarbeit noch länger zuzulassen. Auch diese mit den Pflichtbeiträgen der Arbeiter und Angestellten zur Erwerbslosenfürsorge unvereinbaren Bestimmungen sind sofort zu erlösen durch die Sicherung eines einwandfreien Rechtsanspruches jedes Erwerbslosen auf die öffentliche Arbeitslosenunterstützung.

Diese notwendige Zwischenlösung darf indes keinesfalls verhindern, daß der Reichstag auch endlich das Arbeitslosenversicherungsgesetz mit Entschiedenheit in Angriff nimmt. Ebenso wird sich das Parlament seinen früheren Ankündigungen entsprechend nicht der Pflicht entziehen dürfen, ausreichende Schutzbestimmungen zugunsten der älteren Arbeiter und Angestellten zu beschließen.

Die beleidigten Wittsteller Abgebrochene Koalitionsverhandlungen in Preußen

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei des Preussischen Landtags, die am Donnerstagabend und Freitag morgen erneut verteilte Sitzungen abgehalten hatte, gab über das Ergebnis folgende offizielle Verlautbarung bekannt:

„Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei zieht nach dem bisherigen Verhalten der Regierung und der Regierungsparteien die Verhandlungen über eine Erweiterung der Regierung als abgebrochen an.“

Zu dieser vollparteilichen Verlautbarung wird uns von unserem Berliner Bureau geschrieben: Wir glauben, demgegenüber zunächst feststellen zu müssen, daß Verhandlungen im Sinne der Volkspartei bis jetzt nicht geführt worden sind, und wie man Versprechungen, die nicht einmal eingeleitet wurden, abzuwehren kann, bleibt das Geheimnis der Volkspartei. Die Frage liegt doch so, daß der vollparteiliche Abgeordnete Leidig an den Zentrumsvorsitzenden sich herangetreten ist und ohne Zwangungen um die Bildung der Großen Koalition bat. Die Volkspartei hat sich dieser Bitte als Fraktion nach dem Wiederzusammentritt des Landtags ebenfalls bedingungslos angeschlossen. Wie dann erklarten sich lauthals Koalitionsparaten grundsätzlich den Großen Koalition bereit. Der Ministerpräsident wurde gleichmütig gelächelt. Anfang November die Wünsche der Volkspartei im einzelnen entgegenzunehmen und den Wittstellern von der Auffassung der Koalitionsparteien Kenntnis zu geben. Mehr ist bei dem Wiederzusammentritt des Landtags nicht geschehen!

Aber noch ehe diese Vorbereitungen der Regierungsparteien zu späteren offiziellen Verhandlungen abgeschlossen waren, schickte die Volkspartei beleidigt. Sie scheint aus der Vergangenheit immer noch nichts gelernt zu haben; denn schließlich mußte doch auch ihr klar sein, daß das Tempo der von ihr gemachten Verhandlungen nicht ist, sondern die geschlossenen aufstehenden Regierungsparteien bestimmen. Sie bestimmen eben, unter welchen Umständen die Volkspartei vielleicht in die Koalition aufgenommen werden kann, und dabei sollte man sich im vollstündigen Lager endlich damit abfinden, daß die Erneuerung des preussischen Staatsoberhauptes Idee, die dort plöcklich für die Volkspartei eine Unterstützung vorzuziehen wird, ohne sie zu berücksichtigen, und trotz ihrer nachträglichen Widerprüfung vollkommen bleibt. Man hat für das vollparteiliche Gemüt, wie die Laubheide Kandidat am Freitagabend feststellte, noch so „untragbar“ sein.

Es könnte und nur recht sein, wenn die vollparteiliche Fraktion

nach lange beleidigt spielen würde. Das ist auch für die preussische Regierung zu ertragen. Sie braucht eine scharfe Opposition der Volkspartei ebensowenig zu fürchten wie baldige Landtagswahlen. Immerhin glauben wir, daß der Volkspartei ihr Verhalten über den Bruch der Verhandlungen schneller leid getan hat, als er gefast wurde. Nebenfalls ließ sie am Freitag bald nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Braun mit dem vollparteilichen Abgeordneten Dr. Wiemer bei den Regierungsparteien um gut Weiter bitten: „Es war alles nicht so gemeint!“ Der April ist gar nicht dagegen. Aber warten wir ab, was der November bringt.

Einladung des Völkerbundes nach Berlin

D. Berlin, 16. Oktober. (Eig. Funkspruch.) Die Vossische Zeitung meldet, daß die deutsche Regierung dem Völkerbund eine Einladung zugehen lassen wird, die für März vorgesehene Sitzung des Rates in Berlin stattfinden zu lassen. Falls, wie zu erwarten ist, die Einladung angenommen wird, sollen die Verhandlungen im Kongressaal des Reichskanzlerpalais, dem historischen Tagungsort des Berliner Kongresses von 1878, stattfinden.

Internationaler Finanztrust

D. Berlin, 16. Oktober. (Eig. Funkspruch.) Unter englischer Führung soll demnächst die Gründung eines internationalen Finanztrusts erfolgen, dessen Zweck es sein wird, die Finanzierung internationaler Geschäfte und die Gewährung langfristiger Kredite zu übernehmen. An der Spitze wird für England das Londoner Bankhaus Henry Schröder u. Co. stehen. Außerdem sollen folgende Bankinstitute beteiligt sein: für Amerika: W. B. Dyer u. Co. und Schröder Banking Corporation, New York; für Frankreich: Banque de l'Union Paribas; für Belgien: Societe Generale de Belgique; für Holland: Lippmann, Rosenthal u. Co., Amsterdam; für die Schweiz: Schweizerische Kreditanstalt, Zürich; für die Tschechoslowakei: Böhmische Union-Bank, Prag; für Österreich: Oesterreichische Bodencreditanstalt, Wien; für Schweden: Stockholmer Enskilda Bank; für Deutschland ist als alleinige Firma die Dresdner Bank beteiligt, die die alleinige Vertretung in Deutschland übernehmen wird.

Die Sachsentwahlen

Von Richard Witttrich, Hamburg

Genosse Witttrich ist Redakteur unseres Hamburger Arbeiterblattes, das sich in allen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei einer nüchternen, gemäßigten Diktatur befleißigt. Wir bringen diesen Artikel gern, weil er charakteristisch ist für die scharfe Klarsicht, die die Dreifundzwanziger auch bei uns in Genossen im Reiche finden.

Die Dreifundzwanziger begehen den schwersten Fehler, dessen eine aufstrebende Klasse sich schuldig machen kann. Was erkämpft werden muß, das wollen sie erlitten. Sie gleichen den Fortschrittler in der preussischen Konfliktzeit, die nicht wagten, gemäß dem Male Dessalles auszusprechen, was ist; statt Bismarcks Absolutismus offenkundig zu machen und auf diese Art alle Gegenkräfte zu mobilisieren, hat damals das Bürgertum zur Verhüllung des verfassungswidrigen Zustandes beigetragen. Das Ergebnis kennt jeder. Politische Entwertung des Bürgertums war die Folge, es verfiel im Kultus des materiellen Erfolgs, das Parlament wurde zum Feigenblatt des kaiserlichen Absolutismus, der sich auf das von Junkern befehligte Heer stützte. Bismarcks Pragmatik hielt die Maschinerie im Gang, nach dem Abgang des Gewaltigen aber fehlte der regulierende Geist, ein Halbhart konnte sich vermaßen, sein eigener Kanzler sein zu wollen. In Untertanengefährdung nahm das Bürgertum ergehen jede politische Dummheit des Kaisers hin, unjübelte logar, wenn er in Neben das ganze Volkstreffen herausforderte, bald mit dem Dreizack in der Faust, mit dem geschliffenen Schwert und dem trockenen Pulver das Ausland erregte. Vergebens hat die Sozialdemokratie dreifundzwanzig Jahre lang versucht, die bürgerlichen Parteien gegen die drohende Gefahr in Front zu bringen, selbst dann noch, als Wilhelm II. durch das einem englischen Zeitungsausfrager gewährte Interview Deutschlands Regierungssystem empfindlich bloßstellte, blieben Laten der Reichstagsmehrheit aus. Das Unglück nahm seinen Lauf, noch auf Jahrzehnte muß Deutschland dafür büßen, daß die politische Entwertung seines Bürgertums Fürsten und Junkern die entscheidende Gewalt überließ.

Soll das Verhängnis sich nicht wiederholen, so muß die Arbeiterklasse politisch und sozial kämpfen, als sei sie der Träger der Geschichte der Nation. Auch dort, wo die Machtverhältnisse dazu nötigen, in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien die Gewalt zu teilen, muß die Arbeiterklasse unter allen Umständen durchsehen, daß ihre Klassenrechte gewahrt, ihre Lebensinteressen, die die Zukunft der Nation einschließen, nicht vergewaltigt werden. Handelt die Sozialdemokratie anders, so gibt sie ihre geschichtliche Aufgabe preis, sie entwertet das Proletariat, macht es unvermögend, in entscheidenden Situationen der Nation zu dienen. Das aber wäre die notwendige Folge eines Erfolges der Dreifundzwanziger. Oh, ich weiß wohl, daß unter ihnen Männer stehen, die auf ein Menschenalter aufopfernder Arbeit für die Arbeiterklasse zurückblicken. Manche unter denjenigen, mit denen ich vor Jahrzehnten in Dresden, als die Klassenjustiz gegen Sozialdemokratie barbarisch wütete, Seite an Seite kämpfte, sind gewiß aufrichtig der Meinung, daß das Beginnen der Dreifundzwanziger tauglich sei, der proletarischen Bewegung über einen gefährlichen Zeitraum hinwegzuhelfen und so der Nation zu dienen. So dachte auch Lothar Bucher, der Testamentsvollstrecker Dessalles, als er in Bismarcks Dienste trat. Er bahnte die Arbeiterversicherung an, die Sozialdemokratie lehnte sie ab. Buchers Name ist verweht, in der Ironie der den kapitalistisch-bureaucratischen Staat ist der Mann zerbrochen, der Sozialdemokratie aber attestierte Bismarck, daß ohne sie und ohne die Unterstützung der Arbeiterklasse der Staat nicht hätte überleben können.

Das Schicksal der Führer der SPD. wird schlimmer ausfallen als das Buchers. Mögen sie erleben, was ihnen zufällt, die Arbeiterklasse aber und mit ihr die Nation muß davor behütet werden. Sie muß politisch wehrhaft bleiben, mit Energie geladen bis zum Tode. Würde in ihr der Geist der Erbärmlichkeit sich ausbreiten, der einen „sozialistischen Minister“ logar die schändliche Vergewaltigung Sachlens durch die Reichswehr preisen ließ; dann aber selbständige Arbeiterbewegung. Aber auch die Zukunft des deutschen Volkes. Denn das ist nun einmal das Merkmal unserer Zeit, daß die Arbeiterklasse Bürge der Zukunft sein muß. Wie einst beim Bürgertum die Entscheidung stand, ob in gesicherter demokratischer Entwicklung das deutsche Volk aufsteigen könne, oder ob der Halbabsolutismus eine Katastrophe auslösen werde, so steht heute das Proletariat als Bürge, damit sich das Unheil nicht erneue.

Aber das ist ja unsere Abicht, höre ich den und jenen der Dreifundzwanziger sagen, wir wollen vorbereiten, wollen verhindern, daß Moskau Deutschland in eine neue Katastrophe stürzt. Zu dem Zweck jedoch hätte man sich nicht einen Reflex holen dürfen, der auf der abwärtsigen Linie ruht, die direkt zu Schlageter, dem „Wanderer ins Nichts“, führt. Er und mit ihm die Dreifundzwanziger werden unfehlbar an jener Station landen, auf der Kadef und Reventson hin verbrüderlichen. Wer hemmungslos sich einem Phantom der „nationalen Einigung“ ergibt, der verliert sich, aus einem Schatz wird er zur Gefahr der Nation. Selbstverständlich glauben